



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

13.03.2025	MOZ.de (Märkische Oderzeitung): Endlager-Suche – kommt die Uckermark noch infrage?	3
14.03.2025	Münsterland Zeitung: Geplante Castor-Transporte: Gegner von Atommüll spazieren am Samstag	5
14.03.2025	JUNGE FREIHEIT: Sechs deutsche AKW könnten reaktiviert werden	6

Endlager-Suche – kommt die Uckermark noch infrage?

Die Endlager-Standort-Suche für radioaktiven Müll in Deutschland läuft weiter. Auch Teile von Brandenburg sind noch im Rennen. Auch die Uckermark? Wie laufen die Untersuchungen?

Ein Endlager für radioaktiven Müll inmitten der Uckermark – auch wenn eine Entscheidung dazu noch in ferner Zukunft liegt, besteht die Möglichkeit, dass genau das passieren könnte. Ein Gebiet kommt infrage. Gibt es bereits eine Entscheidung über den Bau eines solchen Endlagers?

Im Jahr 2017 wurde das Standortauswahlgesetz geändert, um die Suche und Auswahl eines Standorts für ein Endlager für hoch radioaktive Abfälle zu regeln. Derzeit befindet sich das Verfahren in der ersten von drei Phasen, um potenzielle Gebiete für die Errichtung eines Endlagers für Atommüll zu identifizieren. Einige Teile der Stadt Schwedt, wie die Ortsteile Kummerow und Jamikow, liegen in einem solchen geeigneten Gebiet.

Endlager bei Schwedt: Gebiet umfasst Kummerow und Jamikow

In südlicher Richtung, in der Nähe von Angermünde, sind hingegen keine Gebiete mehr betroffen. Der tonhaltige Boden um Kummerow und Jamikow weist gute Eigenschaften für die Lagerung von Atommüll auf, da Ton ein dichtes Material ist und Radionuklide effektiv bindet. Allerdings gibt es einen Nachteil: Radioaktive Abfälle heizen sich manchmal auf, und da Ton Hitze nur begrenzt ableitet, überwiegt dieser Nachteil den Vorteil des Materials.

Auf Nachfrage dieses Nachrichtenportals antwortete Sven Petersen, stellver-

tretender Pressesprecher der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), aus Peine: „Zu dem Gebiet gibt es noch keinen neuen Sachstand. Es ist also noch in Bearbeitung.“ Derzeit befindet sich die BGE noch in Phase Eins und Schritt Zwei, was bedeutet, dass die 90 Teilgebiete, die aufgrund ihrer ersten geologischen Untersuchungen infrage kommen können, noch einmal geologisch untersucht und begangen werden.

Teilgebiet bei Schwedt: Untersuchungen laufen noch

Nach den Untersuchungen werden die 90 Teilgebiete noch einmal unterteilt: von Kategorie D bis Kategorie A, wobei D als ungeeignet behandelt wird. Teilgebiete, die in Kategorie A einsortiert werden, sind die einzigen Gebiete, die dann in der nächsten Phase weiter als passendes Teilgebiet zum Bau eines Endlagers behandelt werden. Auf dem BGE Endlagersuche Navigator können die bisherigen Untersuchungsstände der 90 Teilgebiete eingesehen werden. Die meisten der eingezeichneten Orte sind jedoch noch grau markiert, heißt: Die Untersuchung läuft noch.

Um unter Umständen gegen die Errichtung eines solchen Atommüll-Endlagers vorgehen zu können, wurden in einem Kreistag am 6. März erste Schritte eingeleitet. Über eine Abstimmung sprach sich der Kreistag gegen den Bau eines Endlagers aus und bemächtigte

den Landrat oder Landrätin ebenfalls, falls nötig gerichtlich gegen eine solche Entscheidung vorzugehen.

Öffentlichkeit wird in Untersuchungen mit einbezogen

Solche Entscheidungen werden in dem Verfahren aber nicht berücksichtigt – jedenfalls nicht zu Beginn. Petersen sagt dazu: „Unsere Kolleginnen und Kollegen arbeiten bei der Bewertung der Gebiete streng nach wissenschaftlichen Methoden und suchen den Standort mit der bestmöglichen Sicherheit für eine Million Jahre. Daher spielen solche Vorgänge für unsere Vorschläge der am besten geeigneten Geologie keine Rolle.“

Begleitend zu den Untersuchungen gebe es jedoch eine „umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit“, über das Bundesamt für Sicherheit der nuklearen Entsorgung, kurz auch BASE. „Für jede Standortregion wird es eine Regionalkonferenz geben“, so Petersen.

Eine erste Entscheidung durch die BGE wird wohl 2027 gefällt – dann wird die BGE die möglichen Standortregionen vorstellen. Trotzdem steht ein endgültiger und konkreter Standort dann immer noch nicht fest. Der gesamte Prozess inklusive Bürgerbefragungen in den weiteren Phasen wird noch einige Jahre dauern.

Wörter:	560	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Josephine Theodor	Ausgabe:	Einzelausgabe
Medienkanal:	ONLINE	Visits (VpD):	143.968 ¹
Mediengattung:	Online News	Unique Users (UUpD):	11.000 ²
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.moz.de/lokales/schwedt/atommuell-in-brandenburg-endlager-suche-kommt-die-uckermark-noch-infrage-77913072.html>

¹ von PMG gewichtet 01-2025

² gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Geplante Castor-Transporte: Gegner von Atommüll spazieren am Samstag

Demonstration gegen Castortransporte: Gegen die drohenden Castortransporte

aus Jülich gehen Demonstranten in Ahaus auf die Straße. In der Innenstadt.

Anti-Atomkraft-Initiativen aus dem Münsterland und Jülich sowie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz reagieren empört darüber, dass die NRW-Landesregierung keine öffentliche Diskussion zu den geplanten 152 Castor-Transporten vom Forschungszentrum Jülich nach Ahaus führen wolle. Nach Informationen der Initiativen soll die NRW-Landesregierung bereits am 21. März gegenüber dem zuständigen Bundesamt BASE eine Stellungnahme zum seit Januar vorliegenden Entwurf einer Transportgenehmigung einreichen.

Am Mittwoch, 19. März, soll das Thema erneut nur in nicht-öffentlicher Sitzung im Wirtschaftsausschuss des NRW-Landtags diskutiert werden. Auch deswegen ruft die Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ zusammen mit anderen Initiativen zur nächsten Demonstration in Ahaus auf.

Die soll dieses Mal vor einem größeren Publikum stattfinden: Entgegen der Gewohnheit soll der Protestspaziergang am Samstag (15. März) durch die Innenstadt führen. Er soll um 11.30 Uhr vor dem Rathaus losgehen und ungefähr eine Stunde dauern.

„Die NRW-Landesregierung taucht zum Thema Castor einfach ab“, kritisiert Marita Boslar vom Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ aus Jülich. Angesichts massiver Sicherheitsprobleme fordert die Initiative weiterhin die Lagerung des Mülls in Jülich.

Auch die Gewerkschaft der Polizei hatte zuletzt die anstehenden Schwertransporte massiv kritisiert und sie unter anderem als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für die Polizei beschrieben. Auch den maroden Zustand vieler Straßen hatte die Gewerkschaft alarmiert: Sie würden massive Sicherheitsprobleme bedeuten. Auch dazu schweige die NRW-Landesregierung heißt es in der aktuellen Pressemitteilung. „Wir fordern eine eindeutig ablehnende Stellungnahme zum Entwurf der Castor-Transportgenehmigung. Die Landesregierung muss endlich aufwa-

chen“, sagt Hartmut Liebermann von der BI „Kein Atommüll in Ahaus“ darin.

Stadtspitze bei Tagung in Berlin

Parallel dazu berichtet die Ahauser Stadtverwaltung von einer Arbeitstagung in Berlin: Dorthin waren Bürgermeisterin Karola Voß und der Erste Beigeordnete Manuel Benning gefahren. Sie tauschten sich zusammen mit Vertretern der Standortkommunen anderer Zwischenlager für radioaktive Abfälle mit dem Präsidenten des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) Christian Kühn aus. Dabei ging es um Möglichkeiten kommunaler Beteiligung bei der Suche nach einem Endlagerstandort für hochradioaktive Abfälle und die anstehenden Verlängerungen der Zwischenlagereignungen.

Die Arbeitstagung soll den Auftakt für einen kontinuierlichen Dialog zwischen dem BASE und den Zwischenlagergemeinden markieren. Der soll in der sogenannten „Fachkonferenz Rat der Regionen“ fortgeführt werden. Dieses Gremium soll starten, wenn Ende 2027 weiter zu erkundende Standortregionen für ein Endlager festgelegt sind.

Wörter: 440
 Autor/-in: Rape, Stephan
 Seite: 16
 Ressort: Ahaus
 Medienkanal: PRINT
 Mediengattung: Tageszeitung
 Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025
 Ausgabe: Nebenausgabe
 Auflage: 10.750 (gedruckt)¹
 14.640 (verkauft)¹
 18.224 (verbreitet)¹
 Reichweite: 0,05401 (in Mio)²

Urheberinformation: Münsterland Zeitung

¹ IVW 4/2024

² AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Sechs deutsche AKW könnten reaktiviert werden

KARLSTEIN. Der unterfränkische Kernkraft-Dienstleister Nukem Technologies Engineering Services hält den deutschen Atomausstieg für umkehrbar. „Wenn es eine politische Entscheidung dafür gibt, kann Deutschland schon ab 2030 von günstigem und sicherem Strom profitieren“, erklärte Nukem-Co-Geschäftsführer Thomas Seipolt in der *Bild*-Zeitung. Dafür müsse der AKW-Rückbau „am besten sofort gestoppt werden“. Zumindest die AKW Grohnde, Gundremmingen C und Brokdorf sowie Isar 2, Emsland und Neckarwest-

heim 2, die Ende 2021 bzw. im April 2023 vom Netz gingen, könnten wieder hochgefahren werden – zu Kosten von „ein bis drei Milliarden Euro pro Kraftwerk“, so Seipolt. Das sei abhängig vom Rückbau-Status. Diese sechs AKW könnten bis über 2050 hinaus Strom produzieren. Ein AKW-Abriß kostet laut dem Kraftwerksbetreiber Preussen Elektra zwischen 500 Millionen und einer Milliarde Euro. Nukem ist seit 2024 Teil der japanischen Mu-roosystems Corporation. Die Regierung in Tokio hat im Februar einen Ener-

gieplan beschlossen, der bis 2040 den Kernenergieanteil am Strommix von 8,5 auf 20 Prozent erhöhen und die Kohleverstromung von 70 auf 30 bis 40 Prozent reduzieren soll. Derzeit sind wegen der Fukushima-Katastrophe nur 13 von 33 betriebsfähigen Reaktoren am Netz.

(fis)

www.nukemtechnologies.de/news

Wörter: 180
Autor/-in: (fis)
Rubrik: NATUR & TECHNIK
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Wochenzeitung
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025
Ausgabe: Einzelausgabe